

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

123 (24.11.1923)

er 1923
6 Milliarden
: 600 Mill.
: ab 3. Nov.
erleger für
und Gefäße
0.
arden.
Einitatis.
ein.

Erste
bis auf weiteres einmal
Samstag.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. andere Aussträger
ohne Bestellgeld
für Dezember Goldmark 0.60
freihebend.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Geschäftst. 1/8-5 Uhr, Sonntags
geschlossen.

Vertrauensantrag Nr. 11.

Postfach-Konto
Karlstraße Nr. 6003.

Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Nr. 123.

Samstag, den 24. November 1923.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile 50 Mk.
Familien-Anzeigen 40 Mk.
Reklamieren: Die 87 mm breite
Millimeter-Zeile 150 Mk.
mal Schlüsselzahl, wie sie vom
Berein deutscher Zeitungsverleger
für alle Zeitungen verbindlich jede
Woche festgelegt wird.
Grundchrift im Anzeigen- und
Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tariffreier
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Be-
treibung und bei Konkurs erlischt.
Platzvorarbeiten werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen am
bestimmten Tagen sowie für tele-
fonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen wollen
am Tage vorher aufgegeben werden.

Die innenpolitische Lage.

Obstruktion im Reichstag.

Die Hoffnung, daß im Ausschluß an die mit Spannung erwartete Kanzlerrede im Reichstag eine Lösung der innenpolitischen Krise erfolgen würde, hat sich nicht erfüllt. Kommunistische Obstruktion überstürzt hat das Zustandekommen der Kanzlerrede verhindert. Es ist beklagenswert, daß die Geschäftsordnung dem Reichstagspräsidenten nicht die polizeiliche Befugnis gibt, verantwortungslos und regellose Abgeordnete mit Gewalt aus dem Sitzungssaal zu entfernen, dann würde der Welt das erbärmliche Schauspiel erspart bleiben, daß ein knorriger Geselle von Abgeordneten in der Lage ist, der politischen Entwicklung, von der die Rettung des Vaterlandes abhängig sein kann, in die Arme zu fallen.

Nach der Absagerede des Sozialdemokraten Wels kann kaum noch ein Zweifel bestehen, daß die Zeit des Kabinetts Stresemann abgelaufen ist. Nach den entscheidenden Erklärungen der einzelnen Fraktionen am Donnerstag wird die Kabinettskrise im vollen Umfange da sein. Voraussichtlich werden die Verhandlungen unter den Reichstagsfraktionen über die Bildung einer neuen Regierung in diesen Tagen beginnen es sei denn, daß Dr. Stresemann vom Reichspräsidenten die Ermächtigung erhält und benützt, den Reichstag aufzuheben. Ueber die Haltung des Reichspräsidenten in dieser Frage konnte gestern noch nichts in Erfahrung gebracht werden. Jedenfalls glaubt man nicht, daß es dem Kanzler noch gelingen werde, einen Ausweg aus dem Wirrwarr der Mißtrauensanträge zu finden, die zu erwarten sind.

In der gestrigen Vormittagsitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion soll beschlossen worden sein, event. sogar für das Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten zu stimmen, nur um den Kanzler unbedingt zu Fall zu bringen. Nur in wenigen bürgerlichen Kreisen hat man noch die Hoffnung, daß es dem Gehilfen Dr. Stresemanns gelingen werde, die parlamentarische Schlacht in parlamentarischem Sinne zu gewinnen. Falls Dr. Stresemann durch die Entwicklung der Aussprache gezwungen werden sollte, zurückzutreten, so wird in einigen parlamentarischen Kreisen angenommen, daß der Reichspräsident entweder den jetzigen Vorsitzenden der deutschen Volkspartei, den Abgeordneten Dr. Scholz, oder den gegenwärtigen Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragen werde. Unter den Beschlüssen, die die Fraktionen vor der gestrigen Sitzung gefaßt haben, ist besonders der demokratischen von Interesse. Diese wird gegen jedes Mißtrauensvotum stimmen. Ihre Stellungnahme zu einem Vertrauensantrag behält sie sich jedoch vor. Es verlangt nämlich, daß einige Minister des Kabinetts ein Vertrauensvotum für die Weiterarbeit der Regierung als unerlässlich erachten. Ein Kabinettsbeschluss über diese Frage liegt jedoch noch nicht vor. Die Demokraten gehen von folgenden Voraussetzungen aus:

1. Rhein und Ruhr dürfen sich nicht selbst überlassen werden, sondern müssen als selbständige Verwaltungsgebiete mit eigener finanzieller Leistungsfähigkeit unter der Souveränität des Reiches und der beteiligten Einzelstaaten ausgerüstet werden.
2. Die Lösung der bayerischen Frage wird im Augenblick nicht als so dringend erachtet. Es wird jedoch von der Regierung erwartet, daß sie dort baldmöglichst für die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände Sorge trägt.
3. Die baldige Rückführung in normale Verhältnisse des Reiches, die Umwandlung des militärischen in einen zivilen Ausnahmezustand.
4. wird erwartet, daß eine weitere Rechtsorientierung der Regierungspolitik unterbleibt.

Der Kanzler im Reichstag.

Berlin, 22. Nov. Gestern hat der Reichskanzler seine längst erwartete Rede gehalten und seine Politik gerechtfertigt. Die Schuld an unserer verzweifelt inneren Lage mißt er der französischen Politik bei, die auf Zertrümmerung des Reiches ausgeht. Das Versprechen, nach Abbruch des passiven Widerstandes mit uns zu verhandeln habe es nicht gehalten. Den Ruhereinbruch durch irgendwelche Erklärungen zu legalisieren ist keiner deutschen Regierung möglich. Für die Haltung der Reichsregierung gegenüber Bayern und den inneren Wirren übernehme er die volle Verantwortung. Erst müsse der Feind an Ruhr und Rhein bekämpft werden, dann erst käme die Ordnung der inneren Angelegenheiten. Den Zusammenbruch der großen Koalition bedauere er und wünsche, ein anderes Kabinetts möchte an seine Stelle treten, wenn geeignete Minderheiten wären, welche die Verantwortung tragen wollen. Das Reichskabinetts erwartet die Entscheidung des Reichstages in der Ueberzeugung und in der Gewißheit, daß es seine Pflicht gegenüber dem Lande getan habe. Wir wünschen schleunige Entscheidung der Vertrauensfrage.

Wider alles Erwarten hat die gestrige Reichstagsitzung einen verhältnismäßig ruhigen Verlauf genommen. Offenbar hatten die Kommunisten beschlossen, die verdiente Maßregelung ihres Fraktionskollegen Kemme hinzunehmen, ohne daraus die Konsequenzen zu ziehen, auf die man sich allgemein gefaßt gemacht hatte. Die äußerste Linke beschränkte sich darauf, durch lahmne Zwischenrufe die geharnischten Erklärungen des Reichskanzlers zu begleiten und ihrer mühsam beherrschten Wut durch Unterbrechung des Kanzlers hin und wieder Ausdruck zu geben.

Die Rede des Kanzlers war offensichtlich darauf angelegt, eine gewaltsame Lösung der Regierungskrise nicht zu provozieren, sondern durch Beleuchtung und Verteidigung der Innen- und Außenpolitik den Parteien Gelegenheit zu geben, sich zu überlegen, ob es opportun ist, die in vollem Fluß befindliche politische Entwicklung durch eine Kabinettskrise zu stören; oder ob man der Stresemannschen Außenpolitik Gelegenheit lassen will, sich durchzusetzen und sich zu vollenden. Die Angriffe, die der deutschnationale Hergt und der Sozialdemokrat Wels am Dienstag gegen Dr. Stresemann und seine Politik gerichtet hatten, wies der Kanzler sachlich und ruhig, aber mit durchschlagenden Argumenten, zurück. Er erntete einen rhetorischen Erfolg. Ob es auch ein politischer Erfolg ist, muß sich noch herausstellen. Die Entscheidung liegt bei den Parteien.

Die Kabinettsfrage.

Drei Mißtrauensvoten von rechts und links. — Der Vertrauensantrag der Mittelparteien.

Berlin, 22. Nov. Außer dem Mißtrauens-Antrag der Deutschnationalen haben auch die Sozialdemokraten und die Kommunisten Mißtrauensvoten eingebracht. Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion beschloß gestern nach Schluß der Plenarsitzung einen Mißtrauens-Antrag folgenden Inhalts: „Die Reichsregierung hat den militärischen Ausnahmezustand in Sachen und Thüringen, ohne daß hierfür sachliche Gründe vorliegen, in scharfer Form angewandt, gegen die verfassungswidrigen Zustände in Bayern aber nichts Entscheidendes getan. Sie hat daher nicht das Vertrauen des Reichstags.“ — Der kommunistische Mißtrauens-Antrag lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung hat nicht das Vertrauen des Reichstags.“

Wie weiter gemeldet wird, ist der Reichskanzler von dem Beschluß der Demokraten, daß die Mittel-Parteien einen Vertrauensantrag eingebracht haben, verständigt worden. Nach der Geschäftsordnung ist dieser Antrag der weitergehende und wird infolgedessen zuerst zur Abstimmung gelangen.

Der Vertrauensantrag der Mittelparteien wurde wie weiter gemeldet eingebracht, nachdem der Kanzler erklärt hatte, daß er sich mit der Ablehnung der Mißtrauensanträge nicht zufrieden geben könne.

Das Anleiheangebot an das Kabinetts Stresemann.

Berlin, 22. Nov. Der deutschnationale Abgeordnete Hergt hatte kürzlich bestritten, daß ein ausländisches Konsortium eine Anleihe von einer Milliarde Gold ausbrücklich der jetzigen Regierung Stresemann gemacht worden sei. Die leitenden Persönlichkeiten des ausländischen Konsortiums, die seit mehreren Wochen in Berlin weilten, haben, wie die „Eco“ zu melden weiß, Hergt aufgesucht, und ihn ersucht, seine unrichtige Behauptung richtig zu stellen. Falls die Regierung Stresemann zurücktritt, wird das Konsortium sich genötigt sehen, von ihrem Angebot zurückzutreten und Berlin augenblicklich zu verlassen.

Eine neue Kanzlerrede.

Berlin, 18. Nov. In der heutigen Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei sprach Reichskanzler Dr. Stresemann

über die politische Lage. Daß die Aufgabe des passiven Widerstandes eine Notwendigkeit gewesen sei, bestritt niemand, es werde der Regierung aber vorgeworfen, die Aufgabe sei bedingungslos erfolgt u. habe den vollkommenen Zusammenbruch unserer Außenpolitik dokumentiert. Demgegenüber sei zweierlei festzustellen:

1. Machtmittel um die Bedingungen durchzusetzen, gab es nicht und die innere Widerstandskraft, die zum passiven Widerstand aufgeboten wurde, war nicht von unerhöplicher Dauer. Je schwerer die Aufgabe auf unseren Finanzen lastete, um so mehr mußten wir uns entschließen, den Widerstand auch ohne die Durchsetzung unserer Bedingungen aufzugeben.
2. mußte versucht werden, ob sich mit Frankreich zu einer Lösung kommen lasse oder nicht. Die diplomatische Entwicklung, auch wenn sie sich praktisch in späteren Zeiten erst auswirken werde, gebe doch kein Recht von außenpolitischem Mißerfolg zu sprechen, soweit das Kabinetts überhaupt imstande sei, auf die Entwicklung unmittelbar einzuwirken. Alle Maßnahmen politischer und diplomatischer Natur haben doch dazu

geführt, daß in dem zielbewußten Zusammenwirken der beiden angelsächsischen Mächte, in der Trennung Italiens von seinem Nachbar und in dem Zwang Belgiens eine Lage für Frankreich eingetreten sei, die dieses Land auf die Dauer nicht so weidlich ertragen können wie bisher. Er wolle damit nicht behaupten, daß die Wirkung dieser Politik für uns zunächst in allen Umständen glücklich sein werde. Die Bedeutung der Entwicklung liege für uns darin, daß sie vielleicht einen neuen europäischen Geschichtsabschnitt einleite. Diese Bedeutung bleibe bestehen, auch wenn die nächsten Folgen in weiteren Gewalttaten Frankreichs bestehen. Er könne keine Hoffnungen machen, daß es in der nächsten Zeit in Deutschland besser werden würde.

Wir können unserer Wirtschaft nicht sofort aufhelfen und ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit nicht verhindern.

Der Etat sei auf dem Papier ins Gleichgewicht gebracht ob dieses Gleichgewicht sich aber werde erreichen lassen, werde erst die Praxis ergeben. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir Rhein und Ruhr nicht mehr finanzieren können,

ohne daß das ganze Reich zusammenbricht. Man macht sich in der Öffentlichkeit noch nicht die richtige Vorstellung davon, daß wir unter einer inländischen Finanzkontrolle stehen, nämlich der der Rentenbank. Mit den Krediten, die wir von dieser Seite bekommen, müssen wir unbedingt auskommen. Das besetzte Gebiet braucht für 10 bis 14 Tage etwa 100 Millionen Goldmark. Unser Kredit würde also, wenn wir auch nur wenige Wochen weiter zahlen wollten, bald erschöpft sein, und damit wäre alles verloren, was wir mit der Rentenbank erreichen wollten.

Zu dem Vorwurf, daß die Einführung der wertbeständigen Währung so lange gedauert habe, erklärte der Reichskanzler, bei den Ausgaben, die wir während des passiven Widerstandes hatten, wäre das wertbeständige Geld in kurzer Zeit verbraucht worden. Damals brauchten wir noch das Papiergeld.

Zur Kabinettsfrage

sagte der Reichskanzler, das gegenwärtige Kabinetts müsse sich die Mehrheit suchen, und wenn es die Mehrheit nicht finde, werde die Frage akut werden: soll nun der Reichstag aufgelöst werden, oder soll das Direktorium kommen, das sich unter Ausschaltung der Parteien auf die wirtschaftlichen Verbände stütze. Vor diesem zweiten Wege warne er. Käme das Direktorium, so würden wir die außenpolitische Mehrbelastung nicht mehr tragen können.

Zur Rückkehr des Kronprinzen bemerkte der Kanzler unter stürmischem Beifall: Man wird uns voraussichtlich die Forderung stellen, den Kronprinzen auszuliefern, und wir werden diese Forderung selbstverständlich ablehnen.

Wir stehen in Verhandlungen über ausländische Kredite, die nur dann zum Erfolg führen können, wenn Deutschland sich von inneren Krisen freihält.

Für die Mehrleistungen und die Mehrproduktion wird die Regierung die Voraussetzungen schaffen. Die Regelung des Arbeitszeitgesetzes wird ungefähr in dem Sinne erfolgen, wie sie durch das Arbeitszeitgesetz vorgesehen ist.

Die Verminderung des Beamtenapparates, die Aufhebung der Ausfuhrkontrolle, die Führung von Kreditverhandlungen und alles was an Regierungstätigkeit vor Augen liege, werde zeigen, daß das Kabinetts es an Arbeitsaktivität und Verantwortungsfreudigkeit nicht habe fehlen lassen.

Dem Kanzler wurde von seiner Partei hierauf nahezu einstimmig das vollste Vertrauen ausgesprochen.

Südwestdeutschland und die Reichseinheit.

Heidelberg, 18. Nov. Die Vertreter der Deutschen demokratischen Partei aus Süddeutschland haben heute einstimmig folgende Entschlüsse gefaßt:

„Die in Heidelberg versammelten Vertreter der Deutschen demokratischen Partei aus Süddeutschland erwarten von der Reichsregierung, daß sie alles tut, um die besetzten Gebiete beim Reich zu erhalten. Dem Fortbestand der Reichseinheit muß die Reichsregierung ihre Gesamtpolitik unterordnen. Die süddeutschen Länder, die für den Reichsgebunden immer besonders eingetreten sind, haben auch eine besondere Aufgabe im Kampfe um die Bewahrung der nationalen Einheit. Diese legt eine Zusammenfassung der süddeutschen Kreise nahe, die auch aus wirtschafts-, finanz- und verwaltungs-politischen Gründen wünschenswert ist.“

Scharfe Kritik an Stresemann.

Der Pariser Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ berichtet seinem Blatt über die starken Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London, die bei den Beratungen der Vorkonferenz fühlbar geworden sind. Dazu macht der Berichterstatter folgende Bemerkung: „Die französische Diplomatie hat in ihrem Kampfe gegen England in Herrn Stresemann selbst einen unerwarteten Bundesgenossen gefunden. Dessen Äußerungen im Zentralausschuß der Volkspartei, deren Eindruck in den Kreisen der alliierten Diplomatie mit dem Ausdruck „höchst peinlich“ sehr gelinde bezeichnet ist, haben Herrn Poincare eine Waffe in die Hand gegeben, wie

sie dieser besser sich nicht wünschen konnte. Wenn irgend etwas dazu angetan war, die Entente aller Divergenzen zum Trost erneut zusammenzuschweißen, so ist es der wirklich unbegreifliche Diktatorismus, mit dem sich Herr Stresemann in der Öffentlichkeit seiner außenpolitischen „Erfolge“ rühmte und es sich als besonderes Verdienst zuschreiben zu können glaubte, die Alliierten gespalten und Frankreich in eine Isolierung gebracht zu haben, die es auf die Dauer nicht aushalten könne. Mit dem Hinweis darauf dürfte es Poincaré nicht schwer fallen, die starke Gegnerschaft, die seiner Politik in den letzten Tagen in den führenden politischen Kreisen erwachsen war, und die selbst ein Blatt wie den „Temps“ in das Lager der Opposition gebracht hat, zum Schweigen zu bringen.

Erwartungen auf Auslandskredite.

Paris, 20. Nov. Ueber die in Aussicht stehenden ausländischen Kredite weiß die „Voss. Ztg.“ noch mitzuteilen, daß es sich um Kredite Amerikas, Englands und Hollands handelt. Hervorragende Bankfirmen aus diesen drei Ländern sollen sich dem Blatt zufolge an der Errichtung der Goldnotenbank welche die endgültige Lösung des deutschen Währungsproblems bilden soll, mit Summen bis 1400 Millionen Goldmark beteiligen. Wie es heißt, soll die Paraphierung in den nächsten Tagen erfolgen.

Erweiterte Selbstverwaltung des Rheinlandes.

Berlin, 20. Nov. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berliner Tageblatts“ erklärte der Reichsminister des Innern, Jarres, daß er bei jeder Gelegenheit sich entschlossen gegen alle separatistischen und Ablösungsbestrebungen im Rheinland gewandt habe. Die Demokraten, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen bildeten am Rhein eine Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung aller Ablösungsbestrebungen, auch solcher, die sich auf eine etwaige Loslösung von Preußen richteten. Die gegenwärtigen unerträglichen Verhältnisse in der Rheinprovinz machen jedoch eine erweiterte Selbstverwaltung des Rheinlande auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet unumgänglich notwendig, um aus den fürchterlichen Schwierigkeiten der Okkupation herauszukommen. Entgegen anders lautenden Mitteilungen sind die getriggen Besprechungen mit Vertretern der besetzten Gebiete nicht ergebnislos abgebrochen worden, sondern haben vielmehr zu einer Klärung geführt.

Die Lage in der Pfalz.

Ludwigshafen, 19. Nov. Die Lage in der Pfalz spitzt sich immer mehr zu. Oberregierungsrat Jakob, der die Geschäfte linksrheinisch weiterführen soll, ist im Auto des Delegierten von Ludwigshafen weggeführt worden. Da das Bezirksamt Ludwigshafen ging von der separatistischen „Regierung“ in Speyer ein Schreiben des Inhalts, daß sie keine feindselige Haltung bei der Besetzung einnehmen werde. In wenigen Tagen nach der Besetzung würden billige Lebensmittel geliefert werden. Vom Bezirksamt wurde eine eingehende Antwort verlangt. Im Regierungsgebäude in Speyer werden von den Separatisten dauernd neue Leute angeworben, die von einem französischen Militärarzt auf ihre Tauglichkeit untersucht werden sollen. Man vermutet in den Anwerbungen, die Vorbereitung zur Schaffung einer ausgefuchsten Militär-Polizeitruppe. Französische Delegierte in Germersheim und Neustadt a. d. N. erklären, daß es für sie nur noch die neue Kammer gäbe, alle anderen Behörden existierten nicht mehr für sie. Die separatistische Regierung scheint, unterstützt von den Franzosen, daran zu gehen, mit einer ordnungsgemäß deutschen Verwaltung in der Pfalz jetzt ein Ende machen zu wollen. Mittlerweile sind nach Kusel und Germersheim von den Separatisten besetzt worden. Landgerichtspräsident Müller von Kaiserslautern wurde verhaftet, weil angeblich in der Nacht eine separatistische Fahne vom Landgericht entfernt worden sein soll. Mit weiteren Ausweisungen von Beamten wird gerechnet.

Kampf mit den Sonderbündlern.

Köln, 20. Nov. Nach tagelangen Kämpfen sind die Sonderbündler von der Bevölkerung des Siebengebirges weg-

gejagt worden. Nicht weniger als etwa 130 Tote blieben zurück. Die Sonderbündler haben im Siebengebirge wie Räuber gehandelt, das Land ausgeplündert und die friedliche Bevölkerung in jeder Hinsicht gepeinigt. Etwa 4000 Sonderbündler haben tagelang die Gegend heimgesucht, bis sich ein Selbstschutz organisierte, der es auf etwa 5000 Mann brachte. Die „Köln. Ztg.“ berichtet über die Kämpfe folgende Einzelheiten:

Schon am Dienstag abend voriger Woche wurden in Rheinbreitbach fünf Sonderbündler aus einem Auto, das sie nach Linz fahren sollte, herausgeholt und erschlagen; in der Nähe von Linz wurde ein weiterer Separatist erschossen. Am Donnerstag abend wollte in Hovel ein im Auto angekommener Trupp wieder plündern. Der Selbstschutz griff ein und ein Mann des Selbstschutzes wurde durch einen Schuß des Autoführers getötet. Das war das Zeichen zum Angriff. Ueber das Schicksal dieser Sonderbündler ist nichts Genaueres bekannt. Sie werden vermutlich in der Mehrheit erschlagen worden sein. Ein zweites Auto mit 30 Mann Verstärkung wurde angehalten. Von den 30 Mann wurden 23 erschlagen; nur sieben entkamen. Am Freitag rückten dann 2000 Sonderbündler von Honnef gegen den Selbstschutz vor. Es kam im Honnefer Stadtwald zu stundenlangen Kämpfen, in deren Verlauf 70 Sonderbündler getötet und 50 gefangen genommen wurden. Ein Versuch des sonderbündlerischen Befehlshabers in Honnef, seine Truppen in den Kampf zu führen, scheiterte. Da die Leute meckerten. Es wäre auch in Honnef zu kämpfen gekommen, wenn nicht auf die dringende Bitte des Separatistenführers die Franzosen eingerückt wären, die die Sonderbündler entwaffneten und abschoben. In Honnef ist kein Sonderbündler mehr. Die grün-weiß-rote Fahne ist verschwunden. Der Straßenverkehr ist von 9 bis 6 Uhr verboten. Im Selbstschutz befinden sich Angehörige aller Parteien, von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen. Die Parteien und Gewerkschaften bildeten eigene Kompagnien, die aber miteinander engste Freundschaft hatten.

Deutscher Protest gegen die französische Separatistenmacht.

Berlin, 18. Nov. Im Auftrag der deutschen Regierung hat der deutsche Geschäftsträger in Paris der französischen Regierung eine Note überreicht, in der darauf hingewiesen wird, daß die französischen Besatzungsbehörden die Sonderbündler unterstützen und die Vorbereitungen des Putschs begünstigen haben. Unter dem Bruch des Rheinlandabkommens sei in vielen Orten die Polizei entwaffnet worden, während andererseits die Sonderbündler von den Franzosen bewaffnet wurden. Die Note weist dann auf den ungeheuerlichen Terrorismus hin, den die Sonderbündler unter stillschweigender Duldung der Franzosen ausüben dürfen und erwähnt weiter die Plünderungen und Ausweisungen, die von den Sonderbündlern vorgenommen wurden. Der wahre Wille der Bevölkerung werde gewaltsam unterdrückt, aber die rheinische Bevölkerung habe wiederholt ausgedrückt, daß sie unerschütterlich am Reich festhalten will. Die Note schließt mit den Worten: „Die deutsche Regierung erwartet daher von der französischen Regierung, daß den französischen Truppen alsbald Befehl gegeben wird, die recht-mäßigen und vertragmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen, insbesondere den aufrührerischen Elementen die Waffen wieder abzunehmen und die deutsche Polizei künftig nicht mehr in der Ausübung ihrer rechtmäßigen Befugnisse, namentlich in Gebrauch der ihnen zustehenden Waffen zu behindern.“

Eine Kundgebung des Kronprinzen Rupprecht.

München, 21. Nov. In einer der „Akademischen Stimmen“ veröffentlichten Kundgebung des früheren Kronprinzen Rupprecht an die Pfalz heißt es: Die Bedingungen des uns aufgezwungenen Friedens, die im Widerspruch mit den uns gemachten Verheißungen standen, lassen erkennen, daß nach dem Willen der Franzosen, der intellektuellen Anführer des Krieges, nicht das Deutsche Reich allein, sondern das Deutschland überhaupt, getroffen werden sollte. Ein freies Deutschland muß unser Ziel sein. Undeutsch war der Absolutismus vergangener Jahrhunderte, undeutsch ist der Zentralismus; beide kamer-

aus Frankreich. Ein Ewiges gibt es nicht in der Geschichte. So wollen wir auf besserer Tage hoffen. Unseren Brüdern aber in der Pfalz, am Rhein und an der Ruhr von Herzen kommenden Dank!

Die Separatisten in Ludwigshafen!

Ludwigshafen, 23. Nov. Heute morgen kamen in aller Frühe mehrere Lastkraftwagen mit bewaffneten Sonderbündlern über Speyer und Mandenheim hier an. An der Frankenthaler Straße nahmen sie drei Schutzleute fest, über deren Verbleib bis jetzt nichts bekannt ist. Am Bahnhof und an verschiedenen anderen Stellen entwaffneten die Sonderbündler die Schutzleute, ließen sie aber frei. Seit 8 Uhr morgens versucht ein gewisser Kunz eine große Kundgebung des Erwerbslosen in Gang zu bringen.

Verbot der kommunistischen und der deutsch-völkischen Parteien.

Karlsruhe, 23. Nov. Durch einen Befehl des Generals v. Seckl sind im ganzen Deutschen Reich für aufgelöst und verboten erklärt worden: sämtliche Organisationen und Einrichtungen der kommunistischen Partei Deutschlands der kommunistischen Jugend und der kommunistischen Internationale (An der Begründung wird gesagt: durch die Vorkommnisse in Sachsen, Hamburg und Thüringen ist erwiesen, daß die kommunistische Partei bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen Vorgesetzte und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Reichsregierung und die völkische Gewalt zu verleiten. Die kommunistische Jugend hat sich an diesen Bestrebungen beteiligt, und die kommunistische Internationale, der die kommunistische Partei angehört, hat diese Bestrebungen begünstigt.)

Weiter sind verboten: Alle Organisationen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei. (Begründung: Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hat versucht, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam zu verleiten und die Regierung durch bewaffneten Aufstand zu stürzen. Die Deutschvölkische Freiheitspartei vertritt die gleichen Ziele wie die Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Ihr Führer v. Graefe hat am Umsturz-Versuch in Bayern teilgenommen.)

Der Kronprinz und die Monarchie.

Paris, 17. Nov. Die „Europe nouvelle“ veröffentlicht in ihrer heutigen Nummer einen Brief des Kronprinzen an Prof. Jörn, datiert vom 15. Oktober.

In diesem Brief erklärt der Kronprinz, daß die Frage einer Republik oder einer Monarchie bei der heutigen Lage Deutschlands keine Rolle spielen dürfe. Er habe sich immer aus dem Standpunkt gestellt, daß die Monarchie für das Volk und nicht das Volk für die Monarchie da sei. Nach dem Zusammenbruch von 1918, dessen Folgen sich immer mehr fühlbar machen, habe die deutsche Nationalversammlung in ihrer Mehrheit für die Republik gestimmt. Die Weimarer Verfassung sei also eine Tatsache, und seine persönliche Meinung, daß die Monarchie aus allen möglichen Gründen den Interessen des Volkes besser diene, komme nicht in Betracht. Heute könne ein Regierungssystem nur dann das Wohl des deutschen Volkes sichern, wenn es sich auf eine von der Mehrheit des deutschen Volkes angenommene Verfassung stütze. Aus allen diesen Gründen betrachte er es als ein Verbrechen, in diesem Augenblick in Deutschland Klassenkonflikte heraufzubeschwören und den Klassenkampf zu predigen. Das deutsche Proletariat sei in seiner Mehrheit viel zu vernünftig, um nicht zu erkennen, daß nur die Liebe zum Vaterland Rettung bringen könne. Kein Regime könne von Dauer sein, das nicht das Vertrauen der Mehrheit der deutschen Arbeiter gefunden habe. Auch die monarchistische Propaganda wird vom Kronprinzen verworfen, obwohl er keiner Partei das Recht abspriecht, ihre Ideale zu verkünden, vorausgesetzt allerdings, daß die Agitation nicht den Frieden und die Ordnung bedrohe. Was man als Putsch bezeichne, sei ein Verbrechen gegen das deutsche Volk, das in der augenblicklichen Stunde neue Erschütterungen nicht vertragen könne. Friede, Ordnung, Arbeit und Einigkeit, das

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Kunkel.

29) Nachdruck verboten. „Dann geh nur mit Kaiser, der hat sie alle am Schnürrschen.“ Ritter lachte laut und lustig auf. „Und wenn du ihn vom Rohr hast, dann wart er ihn. Der Kaiser ist nämlich ein dreifach Genährter und pflegt seine Bökke, wie die Bauersfrau ihre Käse.“ „Aber Herr Oberförster, wenn ich vom Sohn eines Kollegen einen Bock verspreche...“ „Ich kenne Sie, Sie sind ein alter Fuchs.“ Nach diesen Worten rückte er sich mit dem Daumen den Gehörriemen auf der Schulter zurecht und verließ von Mag begleitet das Birkenhäuschen. „Wollen wir über die Falkenwiese gehen und vielleicht einen Stöber schjehen?“ „Ja, gerne.“ „Na, gut. Mahlzeit Kaiser.“ „Gehorsamt auf Wiedersehn Herr Oberförster, nicht zu spät heute nacht.“ „Ich denke, Sie wecken mich.“ „Wenn Sie beschlen, natürlich.“ „Gut, dann beschle ichs.“ „Schön, Herr Oberförster.“ „Behüt Gott.“ „Gehorsamt behüt Gott, Herr Oberförster, behüt Gott, Herr Doktor.“ Kaiser legte die braune behaarte Hand an die Mäye und nahm die Beine zusammen, wie ein alter Feldwebel vor seinem Hauptmann. Als sie in langsamem Voranschreiten die Falkenwiese erreicht hatten, stand plötzlich der Griffon. Er streckte die Rutelang von sich, schob den Kopf vor, seine Lichter flammten, und den rechten Vorderlauf hatte er wie zum Schlage erhoben. „Bach an, Feldmann.“ Im nächsten Augenblick schoß der Hund durch das Gestrüpp.

Ein lautes Schreien erfolgte. Dann ein Knurren und ein fetsames Köcheln. Der Oberförster war mit drei Sprüngen an dem Wesentand und sah sich nun plötzlich seinem Todfeind, dem Goldhändchen gegenüber, der ein langes blutiges Einschlagmesser, als ob nichts geschehen wäre, am Zipfel seiner Leinwand abwuschte und in die Tasche schob. „Ach, der Herr Oberförster.“ „Was tust du in meinem Revier, du Hund?“ „Der Herr Doktor ist mein Zeuge, daß Sie geschimpft haben, Herr Oberförster, und was ich hier tue? Ich gehe spazieren, und wahrscheinlich sind Sie es gewesen, der mir die Bestie auf den Hals gehegt hat, die mir an die Kehle sprang. Haben Sie keine Angst, der schöne Griffon tut keinem mehr weh. Wer unter meine Faust gerät, ist geliefert. Wollen Sie sich ihn austopfen lassen, dann trage ich ihn nach dem Forsthaus.“ „Was, was, du Schufft, du hast meinen Griffon umgebracht?“ Ritters Gesicht wurde feuerfackelrot, seine Augen sprühten wilde Blitze, und mit geballten Fäusten ging er auf den Wildschken los. Der aber blieb ruhig wie ein Baum stehen. „Nach der Kehle ist sie mir gesprungen, die Bestie. Soll ich mich vielleicht zum Vergnügen des gnädigen Herrn abwürgen lassen, wie ein krankgeschaffener Hase? Prost Mahlzeit, Herr Oberförster, besser ich ihn, als er mich.“ Und nun glitt wieder das häßliche Lächeln über das Gesicht Peters. „Aengstigen Sie sich nicht, er hat nicht lange gelitten. Ich habe ihn an der Gurgel gefaßt und ihm mein Einschlagmesser vors Blatt gesetzt. Der Fang hält kein Geschöpf Gottes aus.“ Der Oberförster wollte etwas sagen, aber man sah es, die Kehle war ihm zugeschnürt. Er bewegte nur die Lippen und brachte kaum einen röchelnden Laut hervor. Endlich löste sich die fürchterliche Spannung, und er brüllte wie ein verwundetes Tier. „Mein Griffon, mein Griffon, jetzt mußt du sterben.“ und er warf die Büchse von der Schulter, schloß den Wildbock mit beiden Händen an der Brust und schüttelte ihn. Das Goldhändchen aber griff mit seinen Riesenhänden nur aus und zog den

kräftigen Mann an sich, daß ihm die Knochen krachten. Aber der Oberförster war ein ebenbürtiger Gegner und jünger als der Wildbock. Er machte sich los und schleuderte ihn mit einem fürchterlichen Ruck ins hohe Gras nieder, setzte ihm das Knie auf die Brust und schnürte ihm mit der ledernen Hundeleine die beiden Täufte zusammen. Dann rief er: „Nag, mach mir mal meinen Gehörriemen los.“ Mit dem Gehörriemen band er ihm dann die Füße und kehrte den Wehrlosen mit dem Gesicht nach der Erde um. „Am Gottes willen, was hast du vor?“ Das graufame kalte Gesicht des Oberförsters weisagte nichts Gutes. „Sei nicht unvorsichtig, der Mann hat sich nichts zuschulden kommen lassen.“ „Er hat mich mit dem Tod bedroht.“ Nach dieser kalt hingeworfenen Antwort zog Ritter sein Messer aus der Tasche und schritt ein paar Schritte im Wald eine schlanke fingerdicke Haselstaude ab, mit der er wieder zu dem gebundenen Wächter hintrat. „Höre, was ich dir sage: Du hast dem Herrn Doktor gegenüber geäußert, du wollest mich totschjehen, ist das wahr?“ „Ja.“ „Wenn ich dich anzeige, kommst du wieder nach Nummero Sicher. Und du hast jetzt meinen Griffon umgebracht.“ „Weil Sie ihn auf mich gehegt haben.“ „Du bist läger genug, um zu wissen, was du mir getan hast. Ins Gefängnis will ich dich nicht länger bringen, aber einen Denkzettel für alle Zeiten will ich dir geben.“ und nun hob er die Haselstaude. „Schlagen Sie nicht. Die Schande, die Schande überlebe ich nicht.“ Ein graufames Lachen war die Antwort, und in der nächsten Minute sank er auf die wehrlos daliegenden Wildbock nieder. „Am Gottes willen, Karl, laß es genug sein.“ „Fünfundzwanzig muß er haben, wie es der Brauch ist.“ „Tu's nicht, ich fordere es als einen Freundschaftsdienst von dir.“ (Fortsetzung in der Beilage.)

feien die Güter, die das deutsche Volk notwendig braucht, heute mehr denn je.

Dr. Zeigners Glück und Eade.

Dresden, 19. Nov. Der frühere Ministerpräsident Dr. Zeigler, der von einem längeren Urlaub nach Dresden zurückgekehrt ist, hat sein Landtagsmandat niedergelegt. Man darf diese Meldung wohl in Verbindung mit einer Auslastung der Leipziger Neuesten Nachrichten bringen, wonach die Staatsanwaltschaft Leipzig gegen Dr. Zeigler ein Verfahren wegen Bestechlichkeit im Sinne des Paragraphen 332 des Strafgesetzbuches eingeleitet hat. Zeigler soll seine Stellung als Justizminister seinerzeit mißbraucht haben, Leuten, die rechtskräftig zu Freiheitsstrafen verurteilt waren, unter dem Deckmantel der Begnadigung diese Strafen zu erlassen und zwar gegen Gut und viele Geschenke. Wie dazu ergänzend aus Dresden gemeldet wird, hat sowohl der sächsische Justizminister, wie die soz. dem. Partei es abgelehnt, in das Verfahren gegen Zeigler einzugreifen. — Außerdem wird Zeigler auch gerade von seinen Parteifreunden ein schwerer Vertrauensbruch vorgeworfen, den er dadurch begangen hat, daß er als Minister monatelang einem bürgerlichen Journalisten unter Decknamen vertrauliche Informationen gegeben habe.

Leergebroschenes Stroh.

Paris, 19. Nov. Poincare hat gestern in Neuville eine Ansprache gehalten. Der französische Ministerpräsident erinnerte an die Haltung der Alliierten kurz vor während und nach Beendigung des passiven Widerstandes und gab dann einen Hinweis auf das Sachverständigenprojekt. Man hält unsere dies bezügl. Vorschläge für rechtlich zu begrenzt, besonders weil wir nicht wollen, daß die Zukunft Deutschlands nach der Gegenwart beurteilt werde. Wir wären sehr glücklich gewesen, uns mit unseren Verbündeten über eine Regelung der Reparationsfrage zu verständigen (!) doch unter der Bedingung, daß wir nicht die Kosten für diese Verständigung zu tragen hätten. Jetzt bleibt uns nichts übrig, als wie zu dem Verträge zurückzukehren. Die Reparationskommission wird die Deutschen vernehmen. Sie wird die Sachverständigen nach ihrem Gutdünken vernehmen und die Leistungsfähigkeit, heute, morgen und auch später abschätzen, ein jedesmal, wenn sie es für richtig hält. Dank der Pfänder, die wir besitzen und die wir nur gegen endgültige Bezahlung herausgeben, können wir Deutschland zwingen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Wir geben nicht die Hoffnung auf, unsere Freunde von der Gerechtigkeit unserer Methode (!) zu überzeugen. Ebenso wie an Reparationen, liegt uns an unserer Sicherheit. Deutschland schaltet und waltet schon lange willkürlich mit den Sicherheitsbestimmungen (!) und hat die Tätigkeit der internationalen Kontrollkommission lahmgelegt. Gleichzeitig erteilt die deutsche Regierung dem kaiserlichen Kronprinzen, der als erster auf der Liste der Kriegsschuldigen steht, die Erlaubnis, nach Hause zurückzukehren. Das bedeutet seitens der deutschen Regierung eine nervengebene Herausforderung der Verbündeten (!).

Französische Offenherzigkeit.

Daß die Franzosen aus ihrem Herzen keine Mordgrube machen, ist uns längst bekannt. Immerhin bekundet das nachstehende Zeugnis, das die deutschfreundliche amerikanische Zeitung „Wächter und Anzeiger“ von Cleveland kürzlich abdruckte, eine Offenheit, die über das Maß dessen, was man für gewöhnlich zu kosten bekommt, noch weit hinausgeht: „Der bekannte chawinnitische Mitarbeiter des „Echo de Paris“ Bonneson, spricht in dem genannten Blatte seine Freude über den wahrcheinlichen wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands und die zu erwartende Hungersnot aus. Er schreibt, daß die Schuld an dieser Katastrophe nicht den deutschen Regierungen zuzuschreiben sei, die seit dem Friedensschlusse einander folgten, ebensowenig den Industriellen, die eigentlich mehrere ernste Versuche machten, die Katastrophe zu beschwören. Der Verfallener Vertrag habe Deutschland vernichtet, und darüber dürfte sich Frankreich freuen! Bonneson schreibt dann weiter: „Was bedeuten all die Fabriken in dem ausgepowerten Lande? Deutschland hat Oberschlesien, Posen, Danzig, Elbahlöhningen, das Saarland, die Ruhr, den Rhein verloren! Wie soll es seine Menschen ernähren? Eine Asche, wie sie einem Hindu-Priester wohlgefällig wäre, müßten sich die Deutschen auferlegen, um unter diesen Verhältnissen, wie sie der Vertrag geschaffen fortbestehen, zu können. Aber die Deutschen wollen sich diese Asche nicht auferlegen.“ Und Bonneson rechnet eben mit der Berufungszichere des Hungers. Endlich hat man sie, die Voches... Aber „wir Franzosen haben das gemacht.“ Sehr treffend fügt das amerikanische Blatt dieser schamlosen Bekenntnisse hinzu: So deutlich ist wohl nicht einmal Poincare. Hier wird wenigstens anerkannt, daß Deutschland getan hat, was es konnte. Aber darin sind Poincare und Bonneson sich einig: in der Rechnung auf die Selbstzerfleischung der dummen Deutschen. Sollten sie auch darin recht behalten?“

Frankreich will keine Wiederherstellung.

Berlin, 19. Nov. Die Reichsbahn als Trägerin des rheinischen Verkehrs hat nach Einstellung des passiven Widerstandes alles daran gesetzt, um das Verkehrsweesen und damit das Wirtschaftsleben der besetzten Gebiete wieder in Gang zu bringen. In Düsseldorf wurde mit den maßgebenden französischen Stellen ein Rahmenabkommen getroffen, das einen Modus vivendi anbahnen und durch technische Einzelverhandlungen in Mainz ausgefüllt werden sollte. Irgend ein Ergebnis konnte in Mainz bisher nicht erzielt werden, da die Franzosen hinausgehend über die Abmachungen in Düsseldorf, nunmehr in Mainz kategorische Forderungen stellen, die auf deutscher Seite untragbar sind. Frankreich sucht die rheinischen Eisenbahnen lediglich als Objekt seiner politischen Absichten auszuwerten, wobei der sachliche Gedanke des baldigen Wiederaufbaues des Verkehrsweesens in den Hintergrund tritt. Ein derartiges Vorgehen ist nach den seitherigen an anderen Stellen schon mit Frankreich gemachten Erfahrungen nicht überraschend. Für die Folgen ist Frankreich voll und ganz verantwortlich.

Amerikanisches Urteil über Poincares Politik.

London, 19. Nov. Einer Reutersmeldung aus New York zufolge schreibt der „New York Herald“ in einem Leitartikel: Die Nachrichten aus London und Rom müßten ernste Besorgnisse unter dem französischen Volk darüber auslösen, ob sich Poincare in seiner Nachkriegsregelung nicht geirrt habe. Das Blatt fährt fort, das französische Volk müsse die Anklage einer Politik hüben, die einen völligen Verlust der Unterstützung Frankreichs durch seine besten Freunde unter den Nationen bedeute.

Die Anhörung der deutschen Vertreter.

Paris, 19. Nov. Die Vertreter der deutschen Regierung werden der Reparationskommission am Freitag dieser Woche die in der Note vom 24. Oktober in Aussicht gestellten Erklärungen über die deutsche Finanz- und Währungsfrage abgeben.

Lloyd George gegen Poincare.

London, 19. Nov. Lloyd George sagte in einer Wahlrede in Northampton, die Regierung treibe das Land in den Ruin. Die wirkliche Ursache der Arbeitslosigkeit sei die Verarmung der Abnehmer Englands infolge des großen Krieges und nicht nur die der Abnehmer Englands, sondern auch der Kunden der Abnehmer Englands. England verkaufe in Europa für 60 Millionen Pfund Sterling weniger als vor dem Kriege. Europa könne nichts kaufen. Europa verhungere. Wenn Europa kaufen könnte, so würde es zuerst Lebensmittel kaufen, bevor es beginnen würde, Kleider und Schuhe, aus England zu bestellen. Das erste was getan werden müsse, sei Europa in Ordnung zu bringen und die europäische Industrie wieder herzustellen. Dann würden die Völker Europas von England kaufen. Noch mehr: England verkaufe weniger an Australien, Neuseeland, Südwestafrika, China und Indien für wahrscheinlich weitere 60 Millionen Pfund Sterling, denn diese Länder pflegten ihre Schiffsladungen nach Deutschland, Oesterreich und Rußland zu verkaufen und mit dem Geld kauften sie in England.

Lloyd George erklärte unter lautem Beifall, was notwendig sei, sei nicht Schutz gegen die französischen Firmen, sondern gegen die französischen Militaristen. Es sei beklagenswert, daß mit dem britischen Handel wegen politischer und persönlicher Intrigen gespielt werde. Lloyd George erklärte, der englische Kredit werde zerstört und der Handel verkränpelt werden, weil es der Regierung nicht gelungen sei, die Ruhe in der Welt wiederherzustellen, Poincare, der den armen Ententestaaten ein wünschliches Bad von Schwefelsäure gab, um sie mutig und fröhlich zu erhalten, habe vorgestern eine Rede gehalten, die die Entente zu beenden drohe. Auch die frühere Regierung habe mit Poincare zu tun gehabt. Er glaube, sie würde sich zu einer Regelung durchgearbeitet haben. Sie habe die Alliierten zusammengehalten, bis die Apokalypse der Unruhe kamen und dann die Lage beklagenswerter geworden sei. Die Gelegenheit für eine Regelung sei verloren oder verdorben worden. Was habe man mit dem Angebot Amerikas, mitzuwirken, getan? Es habe alles für die Regelung Europas bedeutet, Amerika Seite an Seite mit England zu haben, um Europa eine vernünftige Regelung aufzugeben. Sie hätte Frieden machen können. Die Regierung habe dies verdorben und schließlich ausgegeben. Solange diese Leute am Ruder säßen, sei Großbritannien am Rade Europas ohne Belang.

Über 70 Milliarden Franken französische Schulden in Amerika.

Paris, 21. Nov. Die „Chicago Tribune“ veröffentlicht eine Meldung aus Washington, wonach Senator Smoots der der Schuldenfondierungskommission angehört, erklärte die amerikanische Regierung werde demnächst mit Frankreich in Verbindung treten und vorschlagen, daß entweder Frankreich eine Kommission zur Regelung seiner Schuld nach den Vereinigten Staaten schicke oder selbst einen Plan über die Rückzahlung seiner Schuld vorlege. Die französische Schuld bei den Vereinigten Staaten belaufe sich mit den rückständigen Zinsen auf etwa 3850 Millionen Dollar, die bei dem heutigen Kurs rund 70 300 Millionen Franks darstellten.

Amerika empört sich über Frankreichs Zahlungsverweigerung.

Paris, 20. Nov. Die „Chicago Tribune“ berichtet aus Washington, die Erklärung Poincares in der Kammer, die Begahlung der französischen Schuld bei den Vereinigten Staaten sei bedingt durch den Eingang der Reparationen aus Deutschland, habe in hochstehenden Kreisen starke Bestimmung hervorgerufen.

Für Deutschland.

Madrid, 22. Nov. Die hiesige Presse veröffentlicht eine von Intellektuellen der ganzen Welt unterzeichnete Erklärung zugunsten Deutschlands.

Reichsregierung und Militärkontrolle.

Berlin, 22. Nov. Die Reichsregierung hat von dem Inhalt der beiden Noten der Völkervertragskonferenz über die Rückkehr des Kronprinzen und die Militärkontrolle telegraphisch Kenntnis erhalten und beabsichtigt auf die zweite Note zu antworten. Diese Antwort wird voraussichtlich grundsätzliche Vereinfachung zur Erfüllung der Kontrollparagraphen des Versailleser Vertrages aussprechen, wird aber nochmals auf die Gefahr möglicher Zwischenfälle hinweisen, die allein die bisherige Haltung der Reichsregierung in dieser Frage bestimmt hat.

Flucht aus Deutschland.

Genf, 17. Nov. Die politischen Unruhen und das rasche Ueberhandnehmen der Arbeitslosigkeit in Deutschland haben bereits viele Schweizer in Deutschland zur Flucht in die Heimat veranlaßt. Von den zurzeit noch in Deutschland lebenden 35—40 000 Schweizern werden nach einer Mitteilung der Agentur Republik voraussichtlich eine erhebliche Anzahl in Kürze gezwungen sein, ebenfalls in die Schweiz zurückzukehren. Das eidgenössische Arbeitsamt hat bereits die nötigen Vorkehrungen getroffen, um von den in Deutschland

arbeitslos werdenden Schweizern die zur Stellenermittlung in der Schweiz nötigen Berufsunterlagen zu erhalten.

Programm der englischen Arbeiterpartei.

London, 17. Nov. Nach den bürgerlichen Blättern wird das Programm der Arbeiterpartei eine einmalige Kapitalsteuer von 3 bis 45 Prozent vorsehen, um die Staatsschulden um drei Millionen Pfund zu ermäßigen. Ferner soll die Arbeiterpartei die Sozialisierung des Bergbaus und der elektrischen Versorgung vorschlagen, sowie öffentliche Arbeiten um die Arbeitslosen zu beschäftigen. Außenpolitisch verlangt die Arbeiterpartei die Regelung der Reparationsfrage, die internationale Stabilisierung der Währungen, Abrüstungsvorschläge der englischen Regierung für alle europäischen Völker und Ausdehnung des Handels mit Rußland, sowie erweiterte finanzielle Hilfe für Oesterreich.

Ein amerikanischer Lebensmittellkredit.

London, 16. Nov. Wie die Times aus Washington meldet, wird Präsident Coolidge im Kongreß beantragen, der deutschen Regierung eine Anleihe von 150 Millionen Dollar, das sind 630 Millionen Goldmark, zu gewähren, um Lebensmittel in den Vereinigten Staaten zu kaufen. Das Geld soll in den Vereinigten Staaten unter Vorbehalt von Hoover verwendet werden, zum Teil zu Speck- und Schmalzankäufen, da Deutschland Fettwaren am meisten benötigt. Die Verteilung soll vollständig der deutschen Regierung überlassen werden, nachdem die Reichsregierung die Zusage gegeben hat, daß nicht das Geringste hieron für die Ernährung des Ruhrgebietes verwendet werden darf.

Gegen die steigenden Goldpreise.

Eine Zusammenstellung der Friedenspreise.

Berlin, 16. Nov. Der Vizepräsident des Landespolizeiamts teilt durch den amtlichen preussischen Pressedienst mit: Es wurde beobachtet, daß die Grundpreise für Gegenstände des täglichen Bedarfs, die jetzt allgemein auf Goldmark berechnet werden dürfen, zum Teil in Auswirkung und durch die amtliche Festsetzung sehr niedrig gehaltener Dollarkurs nicht nur weit über die Grundpreise, sondern auch über die Weltmarktpreise hinaufgeschwollen. Nachdem nun aber die amtlichen Berliner Dollarnotierungen der Bewertung der Mark in Ausland entsprechend folgen, muß mit allem Nachdruck darauf hingewirkt werden, daß die überspannten Goldgrundpreise sofort auf ein angemessenes Maß herabgesetzt werden, was um so begründeter ist, wenn die Erzeugerpreise noch unter den Friedenspreisen liegen oder sie nur verhältnismäßig wenig überschreiten.

Die Heidelberger Staatsanwaltschaft wendet sich dagegen mit folgendem Erlaß:

Nachdem nunmehr aber die amtlichen Berliner Dollarnotierungen den Auslandskursen ungefähr angepaßt werden, kommt jeder Strafmilderungsgrund in Wegfall. Es wird deshalb dringend geraten, ungehend die Grundpreise, die aus den obengenannten Gründen hinaufgesetzt worden sind, wieder auf das normale Maß herabzusetzen, da andernfalls bei den in den nächsten Tagen einsetzenden Kontrollen der Kaufmann sich der Gefahr strengster Bestrafung aussetzt. Das kaufende Publikum, das die zuverlässigste Kontrolle ausüben kann, sollte jeden Fall derartiger Preistreiber zur Anzeige bringen.

Zusammentritt arbeitswilliger Buchdrucker.

Berlin, 15. Nov. Im Zusammenhang mit dem Berliner Buchdruckerstreik hat sich, wie der Telegraphen-Union mitgeteilt wird, im Rahmen des Nationalverbandes deutscher Berufsverbände ein Berufsverband deutscher Buchdrucker gebildet, dem bereits eine größere Anzahl arbeitswilliger Buchdrucker beigetreten ist.

Zur Neuregelung der Arbeitszeitbestimmungen.

Der (christlich-nationale) Deutsche Gewerkschaftsbund hat folgendes Schreiben an den Reichsarbeitsminister gerichtet: Der Deutsche Gewerkschaftsbund hält es nicht für tragbar, beim Ablauf der Demobilisationsverordnungen über die Regelung der Arbeitszeit am 17. November die alten Bestimmungen der Gewerbeordnung wieder aufleben zu lassen. Seinem Verlangen nach Freiheit für tarifvertragliche Vereinbarungen über die Arbeitszeit könnte auch durch eine abermalige Verlängerung der Geltungsbauer der Demobilisationsverordnungen nicht Rechnung getragen werden. In beiden Fällen ist die Durchführung der wirtschaftspolitischen notwendigen Maßnahmen ohne schwere, innerpolitisch bedenkliche Erschütterungen des öffentlichen Lebens nicht möglich. Deshalb erwartet der Deutsche Gewerkschaftsbund für den Fall, daß vor dem Ablauf der Geltungsbauer der Demobilisationsverordnungen die durch interfraktionelle auch von demokratischer Seite gutgeheißene Vereinbarungen vorbereitete gesetzliche Regelung der Arbeitszeit nicht erfolgt, der Herr Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Notverordnung der Arbeitszeit trifft, die den Weg zu tarifvertraglicher Vereinbarung über die Arbeitszeit zwischen den Beteiligten frei macht. Wir bitten den Herrn Reichsarbeitsminister dringend, darauf hinzuwirken.

Umstellung des Postverkehrs mit Rentenmark.

Berlin, 16. Nov. Der Reichspostminister hat dem Reichskabinett den Entwurf für eine Verordnung zugehen lassen, die die Umstellung des gesamten Postverkehrs auf Rentenmark in den ersten Tagen des Dezember vorsieht. Vom 6. Dezember ab werden die Postgeldkunden voraussichtlich über ihr Guthaben in Rentenmark verfügen können. Den Postgeldkunden geht nähere Nachricht von den Postgeldkämtern zu. Die Ueberweisungen und Schecks werden dann auf Rentenmark ausgestellt, die Zahlkarten hätten dann vom 3. Dezember ab auf Rentenmark zu lauten. Bei der Einzahlung können neben der Rentenmark bis auf weiteres auch die Anleihestücke und zwar allgemein bis zu 21 Mark gleich 5 Dollar der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches in Zahlung genommen werden. Ferner wird die Postverwaltung vom 1. Dezember ab neben den auf Papiermark lautenden Postanweisungen im Inlandsverkehr auch Postanweisungen auf Rentenmark einführen.

Ein Aufruf der deutschen Jugend.

Berlin, 17. Nov. Der Ausschuss der deutschen Jugendverbände beschloß auf seiner gestrigen Gesamtagung eine von sämtlichen großen Reichsjugendverbänden mitunterzeichneten Kundgebung, die den Brüdern und Schwestern an Rhein und Ruhr und an der Saar Grüße der Treue und Dankbarkeit für ihre Hingebung an die deutsche Sache sendet.

Havenstein 4.

Berlin, 20. Nov. Der Präsident der Reichsbank, Erzellenz Dr. v. Havenstein, ist heute früh gegen 1/4 Uhr gestorben. Havenstein war am 10. März 1857 geboren. Ursprünglich war er Jurist. Erst Gerichtsassessor, dann Vortragender Rat im Finanzministerium.

7 Trillionen schwebende Schuld.

Berlin, 17. Nov. In den letzten 10 Tagen des Oktober ist die schwebende Schuld des Reiches auf beinahe 7 Trillionen angewachsen; in derselben Zeit ist der durchschnittliche Dollarkurs um das 8fache gegenüber der letzten Dekade gestiegen, während die schwebende Schuld um rund das 20fache zugenommen hat.

400 Millionen Goldmark neue Steuern.

Berlin, 20. Nov. Wie verlautet, sind im Reichsfinanzministerium 13 neue Steuerentwürfe fertiggestellt, die auf 1. Januar eingeführt und etwa 400 Millionen Goldmark einbringen sollen.

Baden.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden.

Das Allgemeinbild der Arbeitsmarktlage zeigt in der Berichtswoche eine weitere Verschlechterung. In der metallverarbeitenden Industrie hielten die ungünstigen Arbeitsmarktverhältnisse an. Lediglich die Pforzheimer Schmuckwarenindustrie zeigt eine auf die Fertigstellung von Weihnachtsaufträgen für das Ausland zurückzuführende Belebung.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 22. Nov. (Leistungswucher der Behörden.) Durch Rundschreiben des Reichspostministeriums sind die Postämter vor kurzem ermächtigt worden, den Schluss für die Annahme von Postanweisungen und Zahlkarten zu den gewöhnlichen Gebühren schon auf 1 Uhr nachmittags festzusetzen und für später eingelieferte Postanweisungen und Zahlkarten — insbesondere für telegraphische Zahlungsanweisungen — die zehnfache Gebühr zu erheben.

Sinsheim, 22. Nov. (Abschiebung der Arbeit.) Waren und Produkte werden heutzutage nicht unwesentlich dadurch verteuert, daß die Geschäfte neben der vielen beruflichen Berechnungsarbeiten auch noch ihre Steuern, Krankenkassenversicherungsgebühren, Werbekosten usw. selbst berechnen sollen. Dabei kommen die Berechnungsjahre so spät heraus, daß nicht nur Verschleppungen, sondern oft doppelte Arbeit die Folge sind.

Sinsheim, 22. Nov. (Landabgabe.) Nach einer vom Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften

verbreiteten Zeitungsnachricht soll den bayerischen Landwirten gestattet worden sein, die Landabgabe bis zum 8. November nicht bloß für November, sondern auch für die späteren Monate zum Goldumrechnungsjahre vom 1. November zu entrichten. Diese Nachricht ist, wie aus von zuständiger Stelle geschrieben wird, unrichtig. Die Vergünstigung, zum Umrechnungsjahre vom 1. November bis zum 8. November Landabgabe zu entrichten, bezieht sich unzweifelhaft lediglich auf die Novemberrate und es ist selbstverständlich, daß auch in Bayern nach der Anweisung des Reichsfinanzministeriums verfahren werden mußte.

Sinsheim, 22. Nov. (Arbeitgeberabgabe.) Es wird nicht die Ansicht vertreten, daß die Bezüge der Mitglieder des Vorstands (Direktoren) von Genossenschaften, Aktiengesellschaften usw. bei der Berechnung der Arbeitgeberabgabe nicht zu berücksichtigen seien. Diese Ansicht ist nicht richtig; Abgabepflichtig sind nach Artikel 2 Paragraph 1 des Betriebssteuergesetzes alle industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe, solange sie innerhalber der Geltung des Betriebssteuergesetzes Arbeitnehmer beschäftigen.

Sinsheim, 23. Nov. (Die Fleischsteuer für Hauschlachtungen.) Im Hinblick darauf, daß die Entrichtung der Fleischsteuer für Hauschlachtungen vielen Kleinbäuerlichen Besitzern, wie auch Arbeitern und Beamten, die erst in der letzten Zeit teilweise wertbeständige Zahlung erhalten, bei der in den letzten Wochen eingetretenen weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse außerordentlich schwer fällt, hat das Staatsministerium auf Antrag des Finanzministers unterm 21. November ds. Js. beschlossen, daß die Fleischsteuer von Hauschlachtungen für den eigenen Verbrauch für eine Uebergangszeit bis zum 15. Februar 1924 nicht erhoben wird.

Sinsheim, 22. Nov. (Verwendung der Frachtbriefe.) Die am 31. Dez. 1923 ablaufende Frist für die Verwendung einseitig bedruckter Frachtbriefe im Ausmaß von 380x300 Millimeter wird bis zum 30. Juni 1924 verlängert. Frachtbriefe dieser Größe dürfen bis zu dem genannten Zeitpunkt auch dann verwendet werden, wenn am oberen Rande die Worte „sowie das Ladegewicht“ fehlen. Die ebenfalls am 31. Dezember ablaufende Frist für die Verwendung der doppelseitig bedruckten Frachtbriefe ist nicht wieder verlängert worden. Um jedoch den Ausbrauch etwaiger Bestände an solchen Frachtbriefen zu ermöglichen, ist ihre Benutzung als Frachtbriefduplikate nach handschriftlicher Ergänzung zugelassen.

Sinsheim, 22. Nov. (Turnabend.) Durch Vermittlung des Turnvereins Sinsheim statteten die Turnerinnen vom Mannheimer Turnverein von 1846 unserer Stadt einen Besuch ab. Der Familienabend verlief sehr anregend. Die Durchführung des Programms unter Leitung des Herrn Oberrealschullehrers Leuz war musterhaft und stellte den Mannheimer Turnerinnen das beste Zeugnis aus. Freiübungen, Reigen, Reulenschwingen, Tänze, Vortragsnummern und theatralische Einlagen — alles wurde sehr exakt durchgeführt. Am Sonntag vormittag fand ein Rundgang um Sinsheim und Besichtigung der Fürsorgeanstalt statt, wobei Herr Direktor Schmitt in lebenswürdiger Weise als aufklärerischer Führer wirkte. Einem kurzen Aufenthalt in der Turnhalle folgte die Abreise. Herr Leuz und seine Götterin rief man ein kräftiges „Gutheil“ und auf Wiedersehen im Frühjahr 1924 in Mannheim entgegen.

Aus dem Schwarzbachthal, 18. Nov. (Nach einer Sendung.) Im größten Ort des Schwarzbachtales spendete einer der reichsten Bauern bei einer Naturalienammlung für die Idiotenanstalt in Mosbach sage und schreibe 26 Kartoffeln und 3 Kohlrüben. Es fragt sich, ob hier Unkenntnis der Notlage der Anstalt oder Geiz die Triebfeder zu solchem Handeln war.

Heidelberg, 22. Nov. (Heidelberg ohne Straßenbahn.) Seit heute hat die Straßenbahn innerhalb der Stadt den Verkehr eingestellt, jedoch nur noch die Linie nach Wiesloch mit dem bisherigen Fahrplan und noch einige Wagen zwischen Bismarckplatz und Eppelheim im Betrieb bleiben. Das Fehlen der Straßenbahn wird namentlich von den entfernteren Wohnenden schmerzhaft empfunden werden.

Heidelberg, 22. Nov. (Aufhebung des Landgerichts.) Im Zusammenhang mit dem Beamtenabbau und auf Grund des badischen Ermächtigungsgesetzes werden an einzelnen Land- und Amtsgerichten größere Einsparungen vorgenommen. Wie zuverlässig verlautet, soll das Ministerium bereits beschlossen haben, das Landgericht in Heidelberg nach und nach aufzulösen. Sämtliche Strafsachen sollten nach Mannheim verlegt werden und auch das Schwurgericht, das erst vor einigen Jahren dorthin eingerichtet worden war, würde wieder verschwinden. Nur die Kammer für Handelsfachen soll erhalten bleiben.

Heidelberg, 22. November. (Die Badenmark in Amerika?) In einem „Eingefandt“ wird der „Badischen Post“ geschrieben, daß die Badenmark schon in Amerika zu einem Bruchteil ihres Nennwertes gehandelt werde. In der Zuschrift wird der Landwirt der Vorwurf gemacht, daß sie dies wertbeständige Geld teils gehamstert, teils verschoben habe. Es erscheint nun doch an der Zeit, daß von Regierungsseite eine genügende Aufklärung erfolgt, wo die Badenmark denn eigentlich bleibt, denn im Verkehr war bisher nichts von ihr zu sehen.

Heidelberg, 22. Nov. (Verweigerung von Papiergeld.) 3 Kaufleute, 2 Metzgermeister und 1 Bäckermeister kamen sämtlich wegen Zuwiderhandlung gegen die Verordnung zur Sicherstellung des Warenverkehrs zur Anzeige, weil sie die Abgabe von Lebensmitteln gegen Bezahlung in Reichsmark verweigerten.

Schwellingen, 22. Nov. (Kaubüßerfall.) Vorgestern nachmittag zwischen 12 und 1 Uhr wurde ein Fußmann aus Friedrichstal, der Tabak nach Mannheim verbrachte, von einer Rote junger Burshen auf dem jetzt stark überfüllten Landstraße Neckarau—Rhein auf dem Fuhrwerk überfallen und schwer mißhandelt. Dem Ueberfallenen wurden auch die Taschen unterzucht, es wurde aber nichts Mitnehmbares gefunden.

Mannheim, 20. Nov. (Ein Dieb sich selbst gestellt.) Bei der hiesigen Kriminalpolizei meldete sich jetzt der vierte an dem Kellereinbruch beteiligte Täter, der auf den ihn verfolgenden Polizeibeamten geschossen hatte. Er hat zugegeben, geschossen zu haben und auch an weiteren Einbrüchen beteiligt gewesen zu sein.

Mannheim, 19. Nov. (Eine Kindesleiche als Postpaket.) Beim Bahnpostamt wurde von einer noch unbekanntem Frau ein Postpaket mit einer Kindesleiche aufgegeben. Auf der Empfangstation in Durlach wurde festgestellt, daß das Kind gelebt hat und offenbar von seiner Mutter gleich nach der Geburt getötet worden ist.

Ludwigshafen, 19. Nov. (Auf der „Schwarzen Börse“.) Die sich bekanntlich in den letzten Tagen so stark ausgedehnt hat, daß zeitweilig 1500 bis 2000 Personen auf dem Ludwigslager weilen, kam es gestern wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Devisenhändlern und Erwerbslosen. Die letzteren stürmten verschiedentlich den Ludwigslager, nahmen einigen Devisenhändlern, soweit sie sich nicht in Sicherheit bringen konnten, das Geld ab und verprügelten dieselben.

Sothheim b. Bretten, 20. Nov. (Ein grauenvoller Mord.) In der Nacht auf Freitag hat sich hier ein grauenvoller Mord ereignet. Der 40jährige Straßenwärt Fröh Groh, der bei seinen Eltern wohnte, wurde in der Frühe mit eingeschlagenem Schädel in seinem Schlafzimmer aufgefunden. Da sich im Zimmer keine Blutspuren vorfanden, muß angenommen werden, daß der Täter vor Ausführung der Tat seinem schlafenden Opfer eine Decke über den Kopf gezogen und diese dann mitgenommen hat. Die gestern erscheinende Gerichtskommission von Bretten mit einem zahlreichen Erkennungsdienst von Kriminalbeamten und Polizeihunden am Tatort konnte bisher keine Feststellungen machen, die auf den Täter schließen lassen. Da Groh ein Verhältnis nach Flehingen unterhielt, ist die Vermutung eines Racheaktes nicht von der Hand zu weisen.

Karlsruhe, 22. Nov. (Schieber.) Der erste Transport von der Polizei festgenommener Wucherer und Schieber ist im polizeilichen Arbeitshaus in Rissau eingetroffen. Die Wucherer und Schieber werden dort, wie im Arbeitshaus üblich, beschäftigt und beschäftigt. Sonderwünsche, wie auch Beschäftigung nur mit Schreibarbeit oder dergleichen werden nicht berücksichtigt. Die badische Regierung hat, wie man sieht, schnell gehandelt. Dies wird in weitesten Kreisen der Bevölkerung mit Genugtuung begrüßt werden.

Ettlingen, 19. Nov. (Eine schwere Krise) hat auch die hiesige Industrie durchzumachen. Die meisten Fabriken hier und im Umkreis haben keine Aufträge mehr und müssen zu Arbeiterentlassungen schreiten. So hat die Maschinenfabrik Lorenz A.-G. ihren sämtlichen Angestellten auf 31. Dezember gekündigt. Tritt bis dahin eine weitere Beschäftigungsmöglichkeit ein, soll die Kündigung wirkungslos bleiben. Auch die Ettlinger Spinnerei und Weberei beabsichtigt, in der nächsten Woche ihren Betrieb stillzulegen. Andere Betriebe arbeiten erheblich verkürzt und stehen ebenfalls vor der Schließung.

Pforzheim, 22. Nov. (Nachahmenswert.) Die Pforzheimer Friseurgehilfen und Lehrlinge verzichten zugunsten des Altersheims auf Trinkgeld. Sie bitten, das ihnen zugedachte Kleingeld den Sammelstellen fürs Altersheim zuzuführen zu lassen.

Mühlheim, 19. Nov. (Wirtschaftsnot.) Die Heilstätten Friedrichsheim und Luisenheim haben jetzt endgültig ihre Pforten geschlossen. Die Kranken sind resp. werden in ihre Heimorte abtransportiert. Den Angestellten der Heilstätten war schon vor einiger Zeit gekündigt worden.

Singen, 20. Nov. (Schwer beraubt.) In einem hiesigen Gasthaus ein Gast, der mit mehreren Personen zechte. Zwei Brüder, namens Aramit, raubten dem Gast seine gesamte Barchaft in Höhe von 600 Billionen. Einer der Räuber wurde verhaftet.

Stuttgart, 18. Nov. (Schweres Eisenbahnunglück.) Auf der Güterbahn Untertürkheim—Kornwestheim hat sich gestern Abend 6 Uhr ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Eine große Güterzuglokomotive fuhr auf dem unrichtigen Gleis auf einen Arbeiterzug in voller Fahrt auf. Beide Lokomotiven wurden stark beschädigt. Der erste Wagen des Arbeiterzuges, der als Schutzwagen abgeschlossen und leer war, wurde in den nachfolgenden Personenzug hineingeschoben. 7 Personen, darunter eine Frau wurden sofort getötet und 13 Reisende mehr oder weniger schwer verletzt. Der Lokomotivführer des Personenzuges ist ebenfalls getötet, während der Lokomotivführer des Personenzuges nur leichte Verletzungen erlitt.

Stuttgart, 20. Nov. (Mir hams ja!) Nach einer Mitteilung der „Schwäb. Donauztg.“ hat ein Käsebesitzer aus der Umgebung von Dillingen am vergangenen Samstagabend beim Kartenspiel die Kleinigkeit von 60 Billionen verspielt.

Todesanzeige.

Uns ist gestern abend unser lieber Vater

Emil Bell, Forstmeister a. D.

in Grombach durch einen Schlaganfall entrissen worden.

Sinsheim, den 23. November 1923.

Maria Grein geb. Bell
Eugen Bell, Forstamtmann
Dr. Anton Bell, Arzt.

Von Beileidsbesuchen und Kranzspenden wolle gütigst Abstand genommen werden.
Die Beerdigung findet in Ettlingen statt.

Zum Bußtag.

Dem Bußtag liegt ein gewaltiger Gedanke zugrunde: Volksglieder, alle Klassen und Stände, das ganze Volk geht in die Stille vor Gott und prüft all sein Tun und Lassen.

Der Untergang des Arztstandes.

Die neueste Nummer der „Ärztlichen Mitteilungen für Baden“ entrollt ein trostloses Bild von der Lage der Ärzte, die, wenn es so weiter geht, der allergrößten Not preisgegeben sind.

Verschiedenes.

Änderung der Buchführung infolge der neuen Währung. Die Einführung der Rentenmark, sowie der Verkehr mit Goldanleihe bringt für jeden Geschäftsbücher führenden Steuerzahler die Notwendigkeit, sich auf die neue Währung einzustellen.

daß die Einnahmen der Goldanleihe und Rentenmark getrennt von der Papiermarkentnahme geführt werden und ebenso die Ausgaben in Papiermark nicht in denen in Rentenmark usw. verbunden werden.

Der Geburtstagsmultiplikator. Man schreibt der Münchener „Jugend“: Mit meinem Neunjährigen berate ich die Devotion zu Vaters Geburtstag. Da erkundigt sich der Junge nach dem Alter des Vaters.

Selbstmord im Sarge. In Landshut hat der frühere Friedhofsaufseher Joseph Seethaler aus Verzweiflung über den gerichtlichen Ausgang einer gegen ihn geführten Klagesache, bereuend wegen er bisher längere Zeit vom Dienste suspendiert war, Selbstmord begangen.

Geistesgegenwart bei einem Einbruch. Besonderen Mut und Firdigkeit bei Entdeckung eines Einbruchs in Berlin zeigte der 20jährige Neffe des bekannten Filmindustriellen Richard Oswald, der bei seinem Onkel in einer Villa des Grunewaldes zu Besuch weilte.

Zahlungsunfähigkeit einer Stadt. Die Stadt Swinemünde ist nicht in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, und muß sich daher für zahlungsunfähig erklären.

Wirtschaftliche Rundschau

Nach dem Stande vom 22. November 1923. (Nachdruck verboten.) Allgemeine Lage. Die wirtschaftlichen Verhältnisse steigern sich zur Unentrücklichkeit. Es ist das Furchtbare an unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation, daß in einer Zeit, die höchste Anspannung aller wirtschaftlichen Kräfte und Einsparung aller unnötigen Ausgaben erfordert, eben die Ueberlastung, mit unproduktiver Arbeit und gleichzeitig die Minderung der Produktivkraft im einzelnen erschreckende Formen annimmt.

Geldmarkt. Die letzte Woche brachte überraschend eine außerordentlich große Geldflüssigkeit. Die Reichsbank stellte bedeutende Gelbbeträge zur Verfügung.

bleiben. — Die Rentenmark soll erst zu einem späteren Zeitpunkt an der Börse notiert werden. — Die Notenpresse wurde am 16. November stillgelegt. — Der Dollar ist in der letzten Woche beinahe um das Vierfache gestiegen.

Handel, Gewerbe und Industrie. Die verwickelte politische, und wirtschaftliche Lage unterbindet jegliche Geschäftslust, am allermeisten aber im besetzten Gebiete. Der Umsatz ist bei vielen Unternehmungen auf ein Zehntel des Friedenswertes gesunken.

Warenmarkt. Infolge Mangel an wertbeständigen Zahlungsmitteln kann der Einzelhandel seine immer mehr schwindenden Bestände nicht mehr ergänzen und ist auch gezwungen, seine Waren in der Hauptsache mit Papiermark zu bezahlen.

Verkehr. Die Reichspostverwaltung wird vom 1. Dezember ab wertbeständige Marken einführen und zwar wird man die früheren Werte 3, 5 und 10 Pfg. als Grundlage nehmen.

Neueste amtliche Kurse

Table with financial data including exchange rates for various currencies (New York, London, Paris, etc.) and commodity prices (wheat, oil, etc.) as of November 21, 1923.

ten schwer und langsam über die gepflügten Wege und ließen sich wie in tiefer Ermüdung auf den weithin duffenden Nelkenbeeten nieder. Fern im Westen zeigte sich am Horizont ein dunkler Wolkenfleck, und die mehr und mehr sinkende Sonne glühte in einem eigentümlich roten flackernden Licht.

den Wald und warf eine Wolke von Tannenz- und Blumenduft in den Saal. Darauf sah sie die Sonne merklich ab, einzelne Schatten huschten Schemen gleich über die Veranda, dann brach noch einmal das Glitzern und Gleichen der Sonne durch und dann wieder plötzlich jenes eigentümliche Zwielicht, das etwas geradezu Gespensterhaftes hatte.

Vertical text in the left margin, partially cut off, containing fragments of other articles or notes.

Vertical text in the right margin, partially cut off, containing fragments of other articles or notes.

Marktberichte.

Preise des Mannheimer Schlachtviehmarkts vom 19. November 1923.

Für den Schlachtviehmarkt am Montag betrug der Auftrieb: 91 Ochsen, 56 Bullen, 43 Kühe und Rinder, 149 Kälber, 42 Schafe, 233 Schweine. Bezahlt wurden pro 50 Kilo Lebendgewicht in Goldmark: Ochsen 1. Kl. 80-87, 2. Kl. 70-80, 3. Kl. 60-70, 4. Kl. 45-60; Bullen 1. Kl. 75-80, 2. Kl. 70-75, 3. Kl. 60-65; Kühe und Rinder 1. Kl. 82-88, 2. Kl. 75-80, 3. Kl. 64-68, 4. Kl. 50-55, 5. Kl. 40-50; Kälber b 95-100, c 85-95, d 75-80, e 70-80; Schafe a 70-75, b 65-70, c, 60-65; Schweine wurden nicht notiert. Marktverlauf: Mit Großvieh ruhig, nicht geräumt; mit Kälbern mittelmäßig, ausverkauft, mit Schweinen mittelmäßig, kleiner Ueberstand.

Der Unterschied zwischen den Marktpreisen und den Stallpreisen wird durch die beim Marktpreis mit berücksichtigten notwendigen Spesen, wie Fracht-, Markt-, Futter-, Versicherungs- und Kommissionsgebühren, Umsatzsteuer usw., ferner den üblichen Gewichtsverlusten erklärt.

Offizielle Preise der Mannheimer Produktenbörse vom 22. November 1923.

Table with 2 columns: Commodity name and price. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Weizenmehl, Roggenmehl, Mais, Weizenkleie, Biertreber, Roh-Melasse, Wiesenheu, Luzernekleheu, Freistroh, Gebundenes Stroh, Raps.

Schlüßelzahlen.

Badische Feuerungszahl (ohne Bekleidung) am 17. Novbr. 743,8 Milliarden (12. Nov. 181,7 Milliarden). Reichsindexziffer vom 17. Nov. 831 Milliarden (12. Novbr. 218,5 Milliarden). Großhandels-Feuerungszahl am 13. Nov. 265,6 Milliarden (vorher 129 Milliarden).

Schlüßelzahl des Badischen Gastwirterverbandes: 600 Milld. Bad. Einzelhandel: 1 Billion. Schlüßelzahl des Deutschen Buchdruckervereins: ab 3. Nov. nach Goldmark. Schlüßelzahl des Vereins deutscher Zeitungsverleger für Anzeigenaufträge: 1 400 000 000. Buchhändler-Schlüßelzahl: 1 100 000 000 000. Nerzte-Schlüßelzahl ab 16. November: 600 Milliarden.

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, 25. November. Buß- und Bettag. 1/10 Uhr: Gottesdienst. Kollekte. Anschließend Beichte und hl. Abendmahl. Dekan Eifen. 1/2 Uhr: Gottesdienst. Stadtvikar Meerwein.

Drucksachen advertisement for G. Becker'sche Buchdruckerei, Sinsheim. Includes logo and text: 'Drucksachen aller Art liefert schnell und gut die G. Becker'sche Buchdruckerei, Sinsheim.'

Ämtliche Bekanntmachungen.

Nr. 86. Maul- und Klauenseuche betr. Die Maul- und Klauenseuche in den Gemeinden Eschelbach, Mischelsfeld und Waidstadt ist erloschen. Die Sperrmaßnahmen sind aufgehoben. Sinsheim, den 15. November 1923. Bad. Bezirksamt.

Es mehren sich die Klagen, daß im Kleinhandel die Zahlung mit werbeständigem Geld verlangt wird, obwohl bis zum heutigen Tag weder die Arbeiter, noch die Angestellten, noch die Beamten im Amtsbezirk auch nur die kleinste Summe von werbeständigem Geld erhalten haben.

Durch Verordnung des Wehrkreisbefehlshabers ist der Kleinhandel verpflichtet, Papiergeld anzunehmen; wer sich dieser Anordnung nicht fügt, hat nun die empfindlichste Bestrafung und sofortige Schließung seines Geschäfts zu erwarten. Ich habe in einem Falle heute eine Buße von 8 Billionen, welche Summe ich der Notstandsküche zuwandte, ausgesprochen. Ich beauftrage gleichzeitig alle Bürgermeisterämter und Polizeiorgane, den Kleinhandel und auch die Landwirte aufs schärfste zu überwachen, da auch schon Milch, Eier usw. nur gegen werbeständiges Geld hergegeben werden.

Zu widerhandlungen wollen hierher oder dem Bürgermeisteramt oder der nächsten Gendarmeriestation angezeigt werden. Sinsheim, den 17. November 1923.

Der Oberamtmann.

In unser Handelsregister B ist am 19. d. Mts. die Firma Gebrüder Bofsch, Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Rappenaun eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. September 1923 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Herstellung von Maschinen, Geräten, sowie Handel mit diesen, ferner mit Eisen und verwandten Artikeln, insbesondere Fortführung des von der Firma Gebrüder Bofsch in Rappenaun betriebenen Fabrikunternehmens. Die Gesellschaft ist befugt, gleiche oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen, auch kann sich die Gesellschaft mit ähnlichen Betrieben zu einer Interessengemeinschaft zusammenschließen und Zweigniederlassungen im In- und Ausland unter der gleichen oder einer anderen Firma errichten. Das Grundkapital beträgt 10 000 000 Mk. Vorstand: Jakob und Emil Bofsch, Fabrikanten in Rappenaun. Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt und entlassen. Dieser setzt auch die Zahl der Mitglieder fest. Besteht der Vorstand aus mehreren Mitgliedern, so bedarf er zur Vertretung der Gesellschaft des Zusammenwirkens zweier Vorstandsmitglieder oder Vorstandsstellvertreter oder eines Vorstandsmitglieds oder Vorstandsstellvertreters mit einem Prokuristen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, einzelnen Mitgliedern des Vorstands oder einzelnen Prokuristen die Befugnis zu erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten. Jakob und Emil Bofsch sind ermächtigt, einzeln zu zeichnen. Eugen Bofsch und Hermann Schenkel, beide in Rappenaun, ist Gesamtprokura erteilt. Sie sind nur in Gemeinschaft oder in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Das Grundkapital zerfällt in 800 auf den Inhaber lautende Stammaktien der Gattung A über je 10 000 Mk. und 200 Stück auf Namen lautende Vorzugsaktien der Gattung B über je 10 000 Mk. Die Aktien werden zum Nennbetrag ausgegeben. Auf jede Aktie ist der zu zahlende Betrag, soweit Barzahlung bedungen, bar einbezahlt. Die Ausgabe neuer Aktien zu einem höheren als dem Nennwert ist statthaft. Die Uebertragung der Aktien der Gattung B bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates. Die Aktien der Gattung B können und zwar frühestens am 1. 10. 1928 mittels Auslösung eingezogen werden. Zu der Einziehung bedarf es außer dem Beschluß der Generalversammlung, eines in gesonderter Abstimmung zu fassenden Beschlusses der Aktionäre der Gattung A und der Gattung B. Die einfache Mehrheit des bei der Abstimmung vertretenen Grundkapitals genügt, sofern die Einziehung der Aktien der Gattung B aus dem Gewinn erfolgt; findet die Einziehung nach den für die Herabsetzung des Grundkapitals maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen statt, so ist Dreiviertelmehrheit erforderlich. Die auf Grund von Auslösungen zur Rückzahlung gelangenden Vorzugsaktien werden durch das Los zu notariellem Protokoll bestimmt. Das Ergebnis der Verlosung wird mindestens drei Monate vor dem Rückzahlungstermin in den Gesellschaftsblättern bekannt gemacht. Erfolgt die Einziehung im Wege der Auslösung, so sollen in einem Geschäftsjahr nicht weniger als 1% und nicht mehr als 20% der Aktien der Gattung B getilgt werden. Die Rückzahlung der ausgelassenen Aktien der Gattung B erfolgt mit 105% des Nennwerts, zusätzlich etwa rückständiger Gewinnanteile und zusätzlich 6% auf den Nennwert vom Beginn des Geschäftsjahres an, für das ein von der Generalversammlung genehmigter Abschluß noch nicht vorliegt, bis zum Fälligkeitstermin gegen Rückgabe der Aktien der Gattung B nebst laufenden Gewinnanteilscheinen und Erneuerungsscheinen. Bei Abstimmungen, die die Befugnis des Aufsichtsrates, die Aenderung der Satzung oder die Auflösung der Gesellschaft zum Gegenstande haben, ge-

währt jede Aktie der Gattung B im Betrage von 10 000 Mk. je zehn Stimmen. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft haben die Aktien der Gattung B vor dem der Gattung A Anspruch auf einen Erlös von 105% vom Nennwert zusätzlich 6% Zinsen für das laufende Geschäftsjahr. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im deutschen Reichsanzeiger. Die Generalversammlungen werden von dem Aufsichtsrat oder dem Vorstand durch öffentliche Bekanntmachung einberufen. Gründer der Gesellschaft, die sämtliche Aktien übernommen haben, sind: Jakob und Emil Bofsch, Fabrikanten, Katharina geb. Gräßle, Ehefrau des Jakob Bofsch, Elise geb. Reichardt, Ehefrau des Emil Bofsch und Hermann Schenkel, Kaufmann, alle in Rappenaun. Von den Gründern bringen auf das Grundkapital in die Gesellschaft ein und diese übernimmt nach dem Gesellschaftsvertrag dieses Einbringen: Jakob und Emil Bofsch die von diesen unter der Firma Gebrüder Bofsch (offene Handelsgesellschaft) betriebene Maschinenfabrik und Eisengießerei in Rappenaun mit allen Aktiven mit dem Recht der Fortführung der Firma. Als Entgelt hierfür erhalten Jakob und Emil Bofsch je 398 Aktien der Gattung A und je 100 Aktien der Gattung B. Katharina und Elise Bofsch erhalten je 1 und Hermann Schenkel 2 Stück Aktien der Gattung A. Den ersten Aufsichtsrat bilden Rechtsanwalt Dr. Fritz Rosenfeld in Mannheim (Vorsitzender), sowie Katharina Bofsch geb. Gräßle (Stellvertreter) und Elise Bofsch. Schriftliche Willenserklärungen des Aufsichtsrats werden von den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter oder von zwei Mitgliedern unterzeichnet. In dem mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsberichte des Vorstands, des Aufsichtsrats und der Revisoren kann bei dem Gerichte, von dem Prüfungsberichte der Revisoren auch bei der Handelskammer Heidelberg Einsicht genommen werden.

Amtsgericht Sinsheim.



Ein 3 bis 4 Zentner schwerer zuchtuntauglicher Eber wird am Mittwoch, 28. November 1923, vormittags 11 Uhr im Hofe des Gemeinderats Stork öffentlich versteigert.

Bürgermeisteramt Sinsheim: Sidler. Bußl.

Gewerbelehre Sinsheim.

Am 1. Dezember d. J. findet an der hiesigen Gewerbelehre Montags abends von 5.30-8.30 Uhr ein

Vorbereitungskurs für die Frühjahrsgesellenprüfung statt. Anmeldungen werden in Gewerbelehgebäude entgegengenommen. Eine Teilnahmegebühr wird ausnahmsweise dieses Jahr nicht erhoben. Die Schulleitung.

Die Gemeinde versteigert am Mittwoch, den 28. ds. Mts., nachmittags 1 Uhr beginnend:

- 111 Stück Bauflangen I. u. II. Kl. 2800 " Hopfenflangen I.-IV. Kl. 43 " Lärchen und Fichtenstämme

bis 0,32 Festm. Inhalt. Zusammenkunft am Waldeingang neue Sinsheimerstraße.

Waidstadt, den 22. November 1923.

Bürgermeisteramt: A. Wacker.

Zwetschen - Maische

kaufen

Josef Holland & Cie., Heidelberg.

Facnieren von Damenhüten

Hutfabrik Elsa Faul Heidelberg, Sofienstr. 13.

Gänselebern

kauft und zahlt höchste Goldmarkpreise. Zusendung erbitte durch Eilboten-Paket oder eingeschriebene Warenprobe. Porto wird vergütet.

Fa. Wilhelm Raier Karlsruhe-Wülzburg Nuitsstr. 14 Telefon 2099.

WHITE STAR LINE AMERICAN LINE advertisement. Includes ship logos and text: 'REGELMÄSSIGER PASSAGIERDAMPFER VERKEHR HAMBURG-NEW YORK HAMBURG-CANADA (HALIFAX) MITTELST DOPPELSCHRAUBEN- UND DREISCHRAUBENDAMPFERN'

Table with 2 columns: Ship name and number. Includes Pittsburgh (16322 T), Manchuria (13639 T), Mongolia (13639 T), Canopic (12267 T), Minnekahda (17221 T).

Kostentose Auskunft und Prospekte durch die Passage-Abteilung der WHITE STAR LINE - AMERICAN LINE HAMBURG, Alsterdamm 39 oder deren Vertreter: Hermann Rettig & Co., Heidelberg Bureau Hauptstraße 77 (im Hotel Wagner) Telegramm-Adresse: Ponte. Telefon 2205. In Sinsheim a. Els.: Abraham Seligmann Neben dem Rathaus.

Advertisement for 'Der richtige Weg aller Steuerpflichtigen ist die Führung eines Organisations-Steuerbuches fürs Finanzamt. Ämtlich anerkannt, eingeführt und empfohlen. Landwirte, Gewerbetreibende und Geschäftsleute müssen es haben, weil bei Unterlassung von Aufzeichnungen Geld- und Gefängnisstrafen zu gewärtigen sind. Reklamationsberechtigt ohne Buchführung. Alleinverkauf: G. Becker'sche Buchdruckerei, Sinsheim.'